

Zwischen Stellenabbau und Fachkräftemangel

Das deutsche Baulücken-Syndrom

Die Baubranche baute zuletzt Jobs ab. Nun hofft sie auf neuen Antrieb durch das Sondervermögen. Doch wie soll das funktionieren ohne ausreichend Fachleute?

Noch ist die symbolische Warnmarke nicht überschritten. Wahrscheinlich ist es nur eine Frage der kurzen Zeit: 2,98 Millionen Menschen waren im Juli arbeitslos. Und Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, erwartet, dass „im nächsten Monat wahrscheinlich die drei Millionen“ überschritten werden. Das gab es seit 2024 nicht mehr. Auch, dass sich die Entwicklung rasch umkehren könnte, sehe sie nicht: „2026 und nicht 2025“ könne sich die Lage wieder bessern.

Der Arbeitsmarkt stehe weiter unter Druck, ließ auch Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) angesichts der Arbeitslosenzahlen mitteilen. Für eine Entspannung brauche es gezielte Impulse für Investitionen und Beschäftigung. Bas hält die Weichen dafür für gestellt: „Mit Investitionsboostern und großen Infrastrukturmaßnahmen schaffen wir die Grundlage, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen“, gab sich die Arbeitsministerin optimistisch.

Tatsächlich stehen der neuen Bundesregierung mit dem Sondervermögen Infrastruktur 400 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen in Straßen, Schienen, Gebäude und Energieversorgung zur Verfügung, wenn auch verteilt auf zwölf Jahre, also über die Regierungszeit der schwarz-roten Koalition hinaus. Darüber hinaus sind 100 Milliarden Euro direkt für Länder und Kommunen vorgesehen.

Gerade eine deutsche Branche erhofft sich davon Auftrieb: die Bauwirtschaft. In der konjunkturrempfindlichen Branche ging 2024 erstmals seit 15 Jahren die Zahl der Beschäftigten zurück. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) prognostiziert auch in

diesem Jahr ein Minus. Der Grund: Es werde einfach zu wenig gebaut. Es trifft nicht nur Bauarbeiter. 2024 gab es außerdem 19 Prozent mehr arbeitslose Architekten und Bauplanerinnen als im Jahr zuvor.

Noch ist der Aufschwung alles andere als sicher. Der Bau ist der Wirtschaftssektor, in dem in den kommenden 15 Jahren der größte Abbau von Arbeitsplätzen erwartet wird. Das zeigt das Forschungsprojekt Qualifikation und Beruf in der Zukunft (QuBe). Demnach könnten bis 2040 mehr als 340.000 Stellen in den Berufsgruppen „vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ gestrichen werden. Immerhin: Mögliche Effekte des Sondervermögens sind in diese Projektion allerdings noch nicht eingeflossen. Die Milliarden könnten den Trend also noch umkehren.

„Wenn wir es in den nächsten drei Jahren nicht schaffen, die Baukrise zu bewältigen, dann war es das“, sagt der Bauexperte Klaus-Peter Stöppler, der mittelständische Unternehmen in Krisen- und Transformationsphasen begleitet. „Unternehmen werden sonst massiv Stellen abbauen, abwandern, Fachkräfte ans Ausland verlieren. Vor allem die Jüngeren werden nach innovativen Projekten andernorts schauen.“

Also Abbau einerseits. Andererseits herrscht bereits heute große Nachfrage nach Beschäftigten für den Bau. Daten des Job-Portals Stepstone zeigen, dass die Anzahl der Stellenausschreibungen im Bereich Bauwesen von 2019 auf 2024 um 9,5 Prozent gestiegen ist. Vor allem in der Bauplanung und Bauleitung seien in den vergangenen Jahren zunehmend Engpässe bei der Fachkräf-

terekrutierung aufgetreten, heißt es in einer Arbeitsmarktanalyse der Bundesagentur für Arbeit.

„Der Fachkräftemangel bei Bauingenieuren ist eine stille, aber hochgefährliche Wachstumsbremse“, sagt auch Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU. Der Wirtschaftsrat ist ein Unternehmerverband, der der Partei nahesteht. Selbst wenn die Mittel für Infrastrukturprojekte endlich auch faktisch bereitstünden, „fehlt es vielfach an den Menschen, die sie planen, steuern und umsetzen können“, sagt Steiger.

Deutschlands Bau-Drama

Beim Bau zeigt sich also wie unter dem Brennglas, was Expertinnen und Experten den paradoxen deutschen Arbeitsmarkt nennen: Zwar steigt die Arbeitslosigkeit seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wieder an, verkünden Konzerne nahezu im Wochentakt Entlassungen. Doch zugleich beklagen viele Unternehmen einen Fach- und Arbeitskräftemangel.

Der Wirtschaftsrat der CDU sieht, gerade was die Baubranche betrifft, die alte und neue Bundesregierung in der Verantwortung. Schon seit dem Bruch der Ampelkoalition im vergangenen Herbst herrsche de facto ein Auftragsstopp im Infrastrukturbereich, kritisiert der Verband in einem Papier. Auch die Autobahn GmbH habe angekündigt, für 2025 keine Aufträge mehr zu vergeben.

Die Folgen: Deutschland stehe vor einem dramatischen Investitionsstau, Brücken würden nicht erneuert, Straßen nicht repariert. Und Bauunternehmen gerieten in Kurzarbeit, würden über Personalabbau nachdenken. Mit-

arbeitende verlören die Perspektive, Fachpersonal zu binden, werde schwieriger.

Zudem sind neue Wohnprojekte in Deutschland einer aktuellen Analyse zufolge in den vergangenen drei Jahren stark eingebrochen. Zwischen April und Juni gingen etwa 85 Prozent weniger Wohnflächen in die Entwicklung als zum Höchststand Ende 2022. Viele Projektentwickler im Wohnungsbau warteten weiter ab, steht in der Auswertung des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), 2025 erwarte man weniger als 200.000 fertiggestellte Neubauwohnungen.

Dagegen bräuchte es laut Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung mindestens 320.000 neue Wohnungen im Jahr. „Der Wohnungsbau hatte schwere Jahre“, sagte Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) der „Bild“. Nun aber investiere die Regierung 23,5 Milliarden Euro in sozialen Wohnungsbau.

Tatsächlich vergeben Städte, Gemeinden und Kommunen jährlich Bauaufträ-

ge im Umfang von mehr als 500 Milliarden Euro und prägen damit den Markt. Die öffentliche Hand ist der größte deutsche Auftraggeber der Bauindustrie. Ob das Sondervermögen und der Bau-Turbo nun also die Wende bringen?

„Die Gefahr ist groß, dass das Geld teilweise versandet“, fürchtet Baufachmann Stöppler. Das Hauptproblem seien die Prozesse. Kürzlich habe er beispielsweise eine Bauvoranfrage gestellt. Der zuständige Beamte habe im Homeoffice nicht auf die Akten zugreifen können – und einen Termin in zwei oder drei Wochen vorgeschlagen. „Die Bauämter sind digital völlig unterentwickelt. Und es fehlt oft schlicht der Wille zur Veränderung“, sagt er.

Wirtschaftsrat-Generalsekretär Steiger verweist auf einen weiteren Punkt: „Ohne ausreichend Bauingenieure bleiben viele Investitionen auf dem Papier.“ Er plädiert unter anderem dafür, die Ausbildung attraktiver zu gestalten, aber auch, die Zuwanderung von Fachkräften zu erleichtern. Zwischen 2009 und 2024 ist die Ausländerquote im Bau-

hauptgewerbe von acht auf 24 Prozent angestiegen.

Und Steiger nennt ein weiteres Vorhaben der schwarz-roten Koalition: das Tariftreuegesetz, das Arbeitsministerin Bas kürzlich in die Abstimmung mit den anderen Ressorts gegeben hat. Demnach sollen Unternehmen künftig nur dann Aufträge des Bundes erhalten können, wenn sie sich an tarifliche Standards halten. Bas verwies ausdrücklich auch auf das Sondervermögen Infrastruktur, mit dem „dann viele öffentliche Aufträge vergeben“ würden: „Lohn-Dumping mit Steuergeld schieben wir einen Riegel vor“, sagte sie.

Steiger dagegen kritisiert das Vorhaben als widersinnig – einerseits mache man einen gigantischen Schuldentopf auf. Aber zugleich verkompliziere man die Vergaberichtlinien so, „dass es noch schwerer würde, das Geld in akzeptabler Zeit und auf effiziente Weise auf Straße und Schiene zu bekommen“.

Das deutsche Jobwunder geht zu Ende

Wörter: 1.015
Autor/-in: Sophie Crocoll
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe
Visits (VpD): 344.006¹
Unique Users (UUpD): 95.000²

Weblink: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/zwischen-stellenabbau-und-fachkraeftemangel-das-deutsche-bauluecken-syndrom/100145606.html>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+